



Innenausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

9. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Aktuelle Viertelstunde	5
<u>hier:</u> Eckpunkte der Landesregierung zu einer Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes	
Staatssekretär Brendel berichtet. Danach werden Fragen aus den Reihen des Ausschusses beantwortet.	
2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 14/2300 und 14/2850 (Ergänzungsvorlage)	
Der Einzelplan 03 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.	

- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)** 12
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2211
- Ausschussprotokoll 14/275 (Protokoll zur Anhörung am 19. Oktober 2006)
- Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf anzunehmen.
- 4 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Flü-AG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (L AufG)** 20
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241
- Stellungnahme 14/582
- Der Gesetzentwurf Drucksache 14/2241 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.
- 5 Keine Kooperation mit Schleusern - Rechtsstaatliche Verfahren bei Sammelanhörungen von Flüchtlingen sicherstellen** 21
- Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1986
- Der Antrag der Grünen Drucksache 14/1986 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

6 Bleiberechtsregelung darf keine Alibilösung werden

22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2407

In Verbindung mit:

Bleiberechtsregelung: Endlich Rechtssicherheit für langjährig geduldete Flüchtlinge schaffen!

Antrag der
Fraktion der SPD
Drucksache 14/2717

Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 14/2784

Zuschriften 14/648 und 14/649

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2407 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD-Vertreter abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/2717 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

7 Erfolgreiche Integrationspolitik in NRW durch die Einführung eines Integrationsgesetzes weiterentwickeln und sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2585

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2628

In Verbindung damit:

Das Landesaufnahmegesetz durch ein Landesintegrationsgesetz ersetzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2591

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2628

Der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 14/2585 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der Grünen abgelehnt.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2591 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Kein Diskussionsteil.

8 Gewalt in nordrhein-westfälischen Fußballstadien 28

Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Innenministeriums entgegen und führt eine Aussprache durch.

9 Verschiedenes 32

a) Ausschussreise

Der Ausschuss kommt einstimmig überein, für den 12./13. Dezember 2006 eine Ausschussreise nach Den Haag bei der Präsidentin zu beantragen.

b) Landespräventionsrat

Innenminister Dr. Ingo Wolf sagt auf die entsprechende Frage von Thomas Stotko (SPD) eine Klärung der Frage zu, wo der Landespräventionsrat im Haushalt etatisiert ist.

4 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2241

Stellungnahme 14/582

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, sowohl der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration als auch der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturereform hätten sich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Annahme des Gesetzentwurfes ausgesprochen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfehle einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Monika Düker (GRÜNE) begründet die Ablehnung des Gesetzentwurfes durch die Grünen wie folgt: Vom Prinzip her halte sie die Idee des Gesetzentwurfes für richtig, das System Flüchtlingsaufnahmegesetz und Landesaufnahmegesetz zu trennen. Andererseits erachte sie die Argumente der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu den Auswirkungen für richtig, bestimmte Städte würden einseitig benachteiligt. Für sie erscheine nachvollziehbar, dass die Städte etwa mit großen jüdischen Gemeinden eine Anrechnung dieses Personenkreises bei der Verteilung der Flüchtlinge wünschten. Das bedeute nach der Stellungnahme auch keinen größeren Verwaltungsmehraufwand.

Der Gesetzentwurf Drucksache 14/2241 wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

